Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 1. Oktober 1885. Nr. 456.

## Deutschland.

**Berlin**, 30. September. Wie man der „N.-Z." berichtet, gedenkt der Herzog von Cumberland demnächst noch eine Pression insofern auf die braunschweigische Landesvertretung auszuüben, als er einen seiner juristischen Sachwalter beauftragt hat, in einem öffentlichen Exposee auf die finanziellen Nachtheile hinzuweisen, welche eine faktische und definitive Ausschließung des „legitimen Thronerben" für das Herzogthum haben würde. Es soll deduzirt werden, daß auf Grund der Haus- und Erbverträge im Gesammthause der Welfen die Rechte des Herzogs Wilhelm auf die Kammergüter dem Herzoge in Gmunden unzweifelhaft zugefallen seien. Zwar sei im Jahre 1832 (12. Oktober) durch die neue Landschaftsordnung und Vertrag zwischen dem Herzog und den Ständen vereinbart worden, daß die Verwaltung der Kammergüter an das Land abgetreten und „für den Bedarf des Landesherrn" eine auf den Gütern haftende Summe von 237,000 Thalern (nebst gewissen Gefällen im Gesammtbetrage von 40,000 Thalern) „vorzubehalten sei". Diese Vereinbarung aber sollte laut geheimer Abmachung (??) jederzeit widerrufen werden können. Es ruhten nun zwar so viel Lasten auf den Kammergütern, daß der Herzog von Cumberland anstehen würde, diesen jetzt ihm zustehenden Widerruf auszusprechen, aber er würde nach vollzogener Wahl des Regenten eine entsprechende reichliche Apanage auf dem Wege Rechtens zu erlangen suchen. Da ihm dies sein „unbestreitbares" Recht durch kein Gesetz abgesprochen werden könnte, so würde schließlich das Land gezwungen sein, dem Regenten eine Zivilliste und dem „behinderten" Gmundener „Souverän" seine Apanage zu zahlen. Damit würde die Finanzlage des Herzogthums doch wohl etwas schwierig werden. Nebenbei gedenke der Herzog von Cumberland auch seine Ansprüche auf die Museumssammlungen, auf die Wolfenbüttler Bibliothek u. s. w. keineswegs aufzugeben, kurz, es sollen die Landboten des Herzogthums vor der Regentenwahl noch recht „gruselig" gemacht werden.

So weit die uns zugehende Mittheilung; eine Kritik der darin angekündigten Ansprüche des Herzogs von Cumberland kann unterbleiben, bis dieselben näher begründet werden.

Inzwischen hat die Kanzlei des Herzogs von Cumberland abermals (im Weichelt'schen Verlag in Hannover) eine neue Druckschrift erscheinen lassen: „Zweite Folge von Aktenstücken zur Frage der Erbfolge im Herzogthum Braunschweig." Dieselbe bezieht sich auf die Verhandlungen des Bundesraths und des braunschweigischen Landtags während dieses Frühjahrs und Sommers. Die meisten der hier abgedruckten Schriftstücke sind dem Inhalt oder dem Wortlaut nach schon bekannt. Neu ist das Schreiben des Herzogs von Cumberland an den Herzog von Braunschweig vom 14. Januar 1879, womit er diesem die berühmte „Anerkennung" der Reichsverfassung und den Brief an die Königin von England übersandte; dasselbe lautet:

Theuerster Onkel und Vetter! Hierneben übersende ich Dir einen Brief bezüglich der letzten Verhandlungen der Landesversammlung. Es würde mir sehr lieb sein, wenn Du die Freundlichkeit haben wolltest, eine Abschrift dieses Briefes an die Königin von England zu senden. Du weißt ja, daß ich in der braunschweigischen Angelegenheit Dir nicht vorgreifen will und kann, und daß ich in Folge dessen bei den Wykeschen Verhandlungen der Königin ohne Dein Wissen und Willen nichts mittheilen wollte. Was ich damals an die Königin geschrieben habe, hast Du ja zuvor genehmigt. Ich lege Dir zu vertraulichem Gebrauche Abschrift dieses damaligen Briefes an die Königin von England bei. Dir herzlich dankend für Dein Glückwunschschreiben und nochmals mein Bedauern darüber aussprechend, daß Du meiner Hochzeit nicht beiwohnen konntest, habe ich Dir von den Meinigen und besonders von meiner Frau die herzlichsten Grüße auszurichten. Wir sind am 7. nach glücklicher, unbehelligter Fahrt hier eingetroffen und denken nach 14tägigem Aufenthalt in Penzing die Winterquartiere zu beziehen.

(gez.) Ernst August.

Darauf erwiderte der Herzog von Braunschweig in bezeichnender Kürze telegraphisch:

Deinem Wunsche entsprechend und nach Vortrag meines Ministers habe ich Deinen Brief nach England geschickt.

Wilhelm.

In einem Vorwort zu den Aktenstücken wird der Versuch gemacht, den deutschen Einheitsstaat als unvermeidlich darzustellen, falls das Recht der Welfen auf Braunschweig nicht anerkannt werde. Die Deduktion klingt aber nicht so, als ob auch nur der Verfasser selbst Vertrauen zu ihrer Wirkung hätte.

**Berlin**, 30. September. Wir haben die Ausbrüche des spanischen Patriotismus in seinen wahnwitzigen Uebertreibungen bekämpft, weil wir vom Standpunkt des kritischen Beobachters aus erkannten, mit welcher Frivolität sich gewissenlose Revolutionäre und Französlinge die politische Unreife und den leicht erregbaren Stolz eines edlen Volkes zu Nutze machten, weil wir sahen, daß es diesen vaterlandslosen Weltbürgern bereits gelungen war, die Leidenschaft bis zu dem Grade zu steigern, wo sie nahe daran ist, den Gedanken in die That umzusetzen, und weil diese That sich in ihren verhängnißvollen Folgen an Spanien und dem spanischen Volke selbst am schwersten gerächt haben würde. Trotz dieses Irrweges und obgleich diese Vaterlandsliebe in ihrem eigensten Wesen gegen uns selbst gerichtet war, haben wir doch dem echten Kern dieses Gefühls und der Einmüthigkeit, mit welcher alle Parteien, den inneren Hader vergessend, sich zur Vertheidigung des, wie sie glaubten, bedrohten Vaterlandes erhoben, unsere Achtung nicht versagen können. Auch die spanischen Ultramontanen wollten an Patriotismus den übrigen Parteien nicht nachstehen und eines der hervorragendsten Blätter der Partei verwahrte sich mit einem nicht zu verkennenden Seitenblick auf die undeutsche Haltung, welche ihre Gesinnungsgenossen in Deutschland gerade anläßlich der Karolinenfrage beobachtet hatten und die sogar die Verwunderung des Auslandes erregt hatte, nachdrücklich dagegen, daß die ultramontane Partei Spaniens in nationalen Fragen jemals anders als national auftreten werde. Wir billigen es zwar nicht, wenn die Herren im Talar Politik treiben; bei der kühlen Unbefangenheit jedoch und einem gewissen psychologischen Interesse, mit welchem Deutschland die spanische Bewegung verfolgte, konnten wir es der patriotischen Erregung des Erzbischofs von Valencia sogar verzeihen wenn er von der Kanzel herab vor seinen Gläubigen die Deutschen als Räuber und Ehrabschneider zu brandmarken suchte. Diese nationale Ehrlichkeit könnte den deutschen Ultramontanen zum Vorbilde dienen, welche bisher noch nicht gezeigt haben, daß sie sich zu einem erhabenen nationalen Standpunkt aufzuschwingen vermögen. Unwillkürlich denkt man dabei an das Verhalten der ultramontanen Partei zu einer Zeit, als auch in unserem Vaterlande die Wogen der Begeisterung hoch gingen; damals, im Jahre 1871, als die deutsche Einigkeit aus Blut und Trümmern kaum erstanden, war es jene Partei, welche durch ihr Auftreten im Reichstage dem deutschen Volke die Freude an den jungen Errungenschaften zu verkleinern und jeden festeren Anschluß der Reichsglieder aneinander zu hintertreiben suchte, indem sie folgenden Paragraphen als ersten Parteigrundsatz aufstellte:

„Der Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates soll gewahrt, demgemäß den Bestrebungen, welche auf eine Aenderung des föderativen Charakters der Reichsverfassung abzielen, entgegengewirkt und von der Selbstbestimmung und Selbstthätigkeit der einzelnen Staaten in allen inneren Angelegenheiten nicht mehr geopfert werden, als das Interesse des Ganzen es unabweislich fordert."

Damals wurde das Verhalten der ultramontanen Partei sogar von Kardinal Antonelli offen gemißbilligt und auch heute bei Gelegenheit der Karolinenfrage zeigt sich wieder, daß die deutschen Ultramontanen mit ihrem stetigen Bestreben, papistischer zu sein als der Papst selbst, in Rom wenig Anklang finden und daß die Anschauungen des Papstes sich keineswegs immer mit denjenigen seiner deutschen Schildträger decken. Es erhellt das daraus, daß die deutsche Regierung bereitwilligst darauf eingegangen ist, ja, vielleicht sogar selbst den Vorschlag gemacht hat, Sr. Heiligkeit das Ehrenamt eines Schiedsrichters oder Vermittlers zwischen Deutschland und Spaniens anzutragen. Diese Thatsache ist jedenfalls ein weiterer Schritt des Entgegenkommens gegen Spanien, dem kaum ein annehmbarerer Vorschlag gemacht werden konnte, aber eben so sehr ein Zeichen der versöhnlichen Gesinnung gegen den Papst und ein Ausdruck der Hoffnung, daß dieser von denselben Gefühlen beseelt sei. Denn wäre man maßgebenden Ortes wirklich der Ansicht, Se. Heiligkeit billige das unpatriotische Verhalten der deutschen ultramontanen Presse, welche erst jüngst von der „Nordd. Allgem. Ztg." schonungslos bloßgelegt wurde, so würde man sein Einschreiten zweifellos höflich aber bestimmt abgelehnt haben, gerade so wie man es Spanien nicht hätte verdenken können, wenn es etwa England in dieser Frage als unparteiischen Schiedsrichter nicht anerkannt haben würde. (Köln. Ztg.)

— Ueber die in den kleinen Staaten der Balkanhalbinsel herrschende Aufregung darf man sich bei Lage der Dinge nicht verwundern, und die militärischen Rüstungen derselben braucht man deshalb noch nicht so ernst aufzufassen, als es bei anderen Staaten der Fall sein müßte. Es wird dabei, um es kurz zu sagen, sehr viel geflunkert. So rief z. B. ein am Sonntag aus Belgrad hier eintreffendes Telegramm, wonach „zwischen Rumänien, Serbien und Griechenland vollständiges Einverständniß über ein gemeinschaftliches Vorgehen" herrschen sollte — was unmittelbar mit militärischen Maßregeln in Verbindung gesetzt wird — sofort berechtigte Bedenken hervor. Man fragte sich, was Rumänien in dieser Trias sollte. Die Serben halten allerdings ebenso wie die Griechen dafür, daß eine Vergrößerung Bulgariens unzuläßig sei ohne eine gleichzeitige Gebiets-Ausdehnung des serbischen und des griechischen Königreichs auf Kosten der Türkei. Aber auf wessen Kosten sollte sich denn das rumänische Gebiet vergrößern? Unter der Türkenherrschaft befinden sich rein oder auch nur überwiegend rumänisch bevölkerte Landstriche nicht mehr, Rumänien grenzt überhaupt nur noch insofern an die Türkei, als man das Fürstenthum Bulgarien zur letzteren noch rechnen mag — sonst nur an Serbien, Oesterreich und Rußland, und der Gedanke der rumänischen

---

## Feuilleton.

### Wenn man sich einen Doppelgänger bestellt.

Der Gerichtshof des Bezirkes von Petersburg wird sich demnächst mit einer Affaire zu beschäftigen haben, welche einen vortrefflichen Stoff entweder für ein Drama oder ein Trauerspiel, oder wenn man will, für eine Operette abgeben könnte.

Ein gewisser T., ein junger und reicher Mann aus sehr guter Familie, wollte als Freiwilliger in den Militärdienst treten. Er hatte sich schon zweimal zur Prüfung gemeldet, beidemal ohne Glück. Schon wollte er auf seinen Lieblingstraum verzichten, als ihn sein Freund S., ein junger demissionirter Lieutenant, besuchte.

T. machte ihn zum Vertrauten seines Kummers und S. erwiderte ihm scherzend: „Nun, willst Du, daß ich an Deiner Stelle die Prüfung mache?" Der Vorschlag gefiel T. und er beredete S., denselben in Ausführung zu bringen.

Es wurde nun zwischen beiden Freunden Folgendes vereinbart: S. sollte die Dokumente T.'s nehmen und sich auf einige Wochen nach dem Süden Rußlands begeben, dort die Prüfung zum Freiwilligen zweiter Klasse machen, in ein beliebiges Regiment eintreten und dann die Transferirung nach Petersburg begehren, wo er T. die Uniform und die auf seinen Eintritt ins Heer bezüglichen Dokumente wieder übergeben würde. Mittlerweile sollte sich T. der Dokumente S.'s bedienen.

Wie ausgemacht, so geschah es auch. S. reiste unter dem Namen T.'s ab, der seinerzeit das väterliche Haus verließ und unter dem Namen des Lieutenants T. ein abgesondertes Quartier bezog.

Einige Zeit später erhielt T. von Odessa folgenden Brief:

„Freue Dich. Ich habe die Prüfung bestanden, bin in das Regiment vom Nowgorod getreten und werde morgen um Uebersetzung nach Petersburg ansuchen."

T. erwartete voller Freude und Ungeduld den Augenblick, da er die Uniform erhalten würde.

Da auf einmal schien die Sache nicht mehr nach seinem Wunsche zu gehen. Um diese Zeit brach der russisch-türkische Krieg aus.

Eines schönen Tages erhielt T. von S. folgendes Schreiben:

„Es ist leider unmöglich, daß ich nach Petersburg transferirt werde. Der Krieg ist erklärt und mein Regiment marschirt in acht Tagen an die Donau. Adieu! Wir werden später sehen, was zu thun ist. Jetzt ist der Wein eingeschänkt und man muß ihn austrinken."

Nach zwei Monaten erhielt T. das lakonische Telegramm:

„Sei zufrieden; ich bin zum Offizier befördert worden."

Der Krieg nahm größere Dimensionen an. S. lag mit seinem Regiment vor Plevna, verrichtete Wunder von Tapferkeit und wurde schwer verwundet. Zum Lohn erhielt der Sekondelieutenant T. das Georgskreuz.

T. wurde natürlich von Allem in Kenntniß gesetzt, was seinen Doppelgänger betraf, dessen Schicksal ihn sehr beunruhigte. Wenn er zum Beispiel sterben sollte, mußte der arme T. der Welt gegenüber stets ein gesetzloses Dasein führen, denn offiziell zählte er nicht mehr unter den Lebenden. Um das Malheur voll zu machen, erhielt er von Kischeneff folgenden Brief:

„Ich befinde mich wohl und bin aus Rücksicht auf meine geschwächte Gesundheit zum Chef des Depots des Regiments N . . . ernannt worden. Aber dort habe ich ein Unglück gehabt. Ich habe gespielt und 2000 Rubel ärarischer Gelder verloren, weshalb ich, der Veruntreuung angeklagt, vor Gericht gestellt worden bin."

T. stand auf dem Punkt, den Verstand zu verlieren. Aber ein neues Schreiben beruhigte ihn wieder. Es lautete:

„Mein Stern glänzt noch — ich bin so rein wie eine Taube. Das Gericht hat in meiner Handlungsweise keine Veruntreuung gefunden und ich bin losgesprochen worden."

Es vergingen sechs Monate ohne Nachricht. Endlich erhielt T. folgenden niederschmetternden Brief:

„Du wirst mich gewiß und mit Grund anklagen, aber ich konnte nicht anders. Es ist etwas geschehen, was Du nie gedacht haben würdest: ich bin verheirathet. Ich mußte mich dazu entschließen; ich hatte einen Sohn. . . ."

Man stelle sich T.'s Verzweiflung vor. Er liebte ein junges Mädchen, das er zu heirathen gesonnen war, sobald er seinen wirklichen Namen wieder angenommen hätte. Aber da heirathete sein Freund und sein Glück war vernichtet.

Der Krieg hatte sein Ende erreicht.

S. schrieb eines Morgens an T.: „Ich komme mit Weib und Kind zu Dir. Ziehe Dich aus der Sache, wie Du kannst. Ich habe zuviel ausgestanden, meine Gesundheit und meine Zeit verloren. An Dir ist es jetzt zu handeln. Reiße mich aus der Verlegenheit, in der wir uns befinden."

Einige Tage später kam S. mit seiner Frau und seinem Kind und stieg bei T. ab.

Nach den ersten Begrüßungen zog er einfach seine Uniform aus und sagte dabei: „Da hast Du Deine Uniform mit dem Kreuz und da ist Dein Weib und Dein Kind!"

Die junge Frau, welche nicht wußte, daß ihr Gemahl de facto nicht ihr Mann vor dem Gesetz sei, der sie unter einem falschen Namen geheirathet hatte, fiel in Ohnmacht, erkrankte und starb kurze Zeit darauf vor Kummer.

T., der seine abnorme Situation nicht mehr ertragen konnte, legte vor Gericht ein umfassendes Geständniß ab, das jetzt sein Verdikt über die zwei unbesonnenen jungen Leute zu fällen haben wird.

„Irredentisten", die in Oesterreich wohnhaften Rumänen dem Königreich einzuverleiben, ist noch jüngst von der rumänischen Regierung so bündig zurückgewiesen worden, daß man ihr ein Eintreten dafür nicht zumuthen konnte. In der That hat denn auch die Regierung in Bukarest nicht gezögert, den obigen von Belgrad aus verbreiteten Meldungen in aller Form zu widersprechen. Die Politik Rumäniens wird als eine durchaus friedliche hingestellt, welche sich von jeder Erregung der Leidenschaften im Volke fern hält und mit vollem Vertrauen dem Vorgehen der Berliner Vertragsmächte bezüglich der bulgarischen Wirren entgegensieht. Es sollen sogar, um auch jeden Schein zu meiden, die sonst gewöhnlichen Herbstübungen der Truppen unterbleiben und Besichtigungen der Garnisonen in ihren Standorten durch den König an ihre Stelle treten. Es entspricht das ganz der maßvoll klugen Politik, welche Europa vom König Karl gewohnt ist. Dagegen verlautet von Serbien, daß die Eisenbahnzüge von Nisch, also nach dem Süden, der bulgarischen Grenze zu, nur noch für Truppen und militärisches Material offen stehen — eine Nachricht, die hoffentlich übertrieben ist, immerhin aber in Verbindung mit anderen beweist, daß König Milan den erregten Massen Zugeständnisse bedenklicher Art zu machen sich gezwungen sieht. Die Diplomatie der Großmächte wird immerhin Mühe haben, falls es zu irgend einer Art der Vereinigung beider Bulgarien kommen sollte, die Aufwallungen in Griechenland und Serbien zu beschwichtigen.

— Gegenüber den Angaben der „Köln. Ztg." über Veränderungen in der Ausrüstung der Infanterie schreibt die „Kr.-Ztg.": Bekanntlich beschäftigt das Kriegsministerium schon seit langer, langer Zeit die hochwichtige Frage einer anderen Ausrüstung der Infanterie, die hauptsächlich eine Erleichterung des einzelnen Mannes bezweckt. Vor einiger Zeit sind, wie mitgetheilt, Preise für die besten Modelle eines Tornisters, einer Patronentasche 2c. ertheilt worden und es werden jetzt von kombinirten Kompagnien und kleineren Detachements auf Märschen und Uebungen mit diesen neuen Modellen Versuche angestellt, von deren Resultaten die Einführung derselben abhängt Doch scheint es fraglich, ob eins dieser Modelle definitiv für die gesammten Fußtruppen angenommen wird und werden nach wie vor diese Probeversuche mit verschiedenen Modellen fortgesetzt werden. Von einer Einführung des schwarzen Ledergurtes statt des weißen bei der gesammten Infanterie ist bis jetzt keine Rede.

— Ueber den Sozialisten-Prozeß in Chemnitz liegt folgendes Telegramm vor:

Chemnitz, 30. September. Vor Beginn der Plaidoyers bemerkte Rechtsanwalt Freytag, er vertheidige Bebel, Auer und Dietz, während Rechtsanwalt Munckel die Vertheidigung der übrigen Angeklagten übernommen habe. In fünfviertelstündiger Rede wies Oberstaatsanwalt Schwabe darauf hin, daß es sich nicht um einen politischen Tendenzprozeß, sondern einfach darum handle, ob innerhalb der Sozialdemokratie eine Verbindung bestehe, auf welche die §§ 128 und 129 des Reichsstrafgesetzbuches Anwendung finden können. Eine solche sei aber unzweifelhaft vorhanden, auch nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes. Rechtsanwalt Freytag bestritt die Existenz einer Verbindung in der sozialdemokratischen Partei, dieselbe sei durch das Sozialistengesetz gesprengt; nur die Partei sei geblieben.

Ein späteres Telegramm des „B. Börs.-C." meldet noch:

Chemnitz, 30. September. Im Sozialistenprozeß beantragte der Oberstaatsanwalt in einstündiger Rede gegen alle Angeklagten das Schuldig im Sinne der Anklage, ohne jedoch bestimmte Strafanträge zu stellen; die Vertheidiger plaidirten in längeren Reden für Freisprechung. Bebel erklärte namens aller Angeklagten, daß sie mit Rücksicht auf die vorzüglichen Reden ihrer Vertheidiger auf das Wort verzichten. Das Urtheil wird am 7. Oktober Nachmittags publizirt werden.

— Die Frau Kronprinzessin gedenkt mit ihren drei jüngsten Töchtern noch kurze Zeit in Venedig zu bleiben. Dem Vernehmen nach dürfte die gesammte kronprinzliche Familie Mitte Oktober nach Berlin zurückzukehren, um ihren Winteraufenthalt im hiesigen kronprinzlichen Palais zu nehmen.

— Wie uns von unterrichteter Seite mitgetheilt wird, nehmen die Verhandlungen wegen Neubesetzung des ermländischen Bischofsstuhles einen ruhigen und ungestörten Fortgang, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß die seltsame Forderung der polnischen Presse, den neuen Bischof den Reihen des polnischen Klerus zu entnehmen, auf die Entschließungen in Rom ohne jeden Einfluß bleiben wird. Dagegen sollen die Verhandlungen bezüglich der anderweiten Besetzung des Gnesen-Posener Erzbisthums völlig ins Stocken gerathen sein, nachdem man sich hier überzeugt hat, daß man im Vatikan nicht geneigt ist, in der von der preußischen Regierung bezeichneten Richtung irgendwelche Konzessionen zu machen und einstweilen jede Möglichkeit ausgeschlossen erscheint, daß hüben oder drüben eine andere Auffassung der Dinge alsobald Platz greifen könnte. In unseren leitenden Kreisen scheint man der Erledigung der Frage auch keine allzugroße Bedeutung beizulegen, nachdem die langjährigen Erfahrungen zur Genüge dargethan haben, daß der polnische Klerus in seiner überwiegenden Mehrzahl nicht nur den Germanisirungsbestrebungen in der Provinz Posen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken sucht, sondern oft auch als der eigentliche Träger der deutschfeindlichen Tendenzen zu betrachten ist. Auch ein der preußischen Regierung genehmer Bischof würde kaum in der Lage sein, in dieser Beziehung eine Besserung der Zustände herbeizuführen, es liegt vielmehr die Befürchtung nahe, daß er sehr bald in dasselbe Fahrwasser einlenken würde, wie sein Vorgänger auf dem Bischofsstuhle von Gnesen-Posen, wenn er nicht zu dem ihm untergebenen Klerus in einen feindlichen Gegensatz treten will. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß nach der Rückkehr des Herrn von Schlözer nach Rom die ermländische Bischofsangelegenheit einem definitiven Abschluß schnell entgegengeführt werden dürfte.

— Der japanesische Kriegsminister beabsichtigt, wie dem „Temps" gemeldet wird, 50 neue Forts bauen zu lassen und alle dereinst bestandenen zu rekonstruiren, um die Küsten wirksamer zu schützen. 300 Geschütze von 17 bis 24 Zentimetern werden zur Armirung dieser Forts verwendet. Mehr als die Hälfte der erwähnten Kanonen ist bei der Firma Krupp bestellt; die anderen werden im Arsenal zu Osaka gegossen, wo in diesem Augenblick eine große Thätigkeit herrscht.

**Aus dem Reichsland**, 28. September. Täglich erwartet man die amtliche Bekanntmachung der Ernennung des Fürsten von Hohenlohe zum Statthalter in Elsaß-Lothringen. Dieselbe wird sicherem Vernehmen nach zum 1. Oktober erfolgen, der neue Statthalter wird aber erst gegen den 20. Oktober thatsächlich sein Amt antreten, da er vorerst einen mehrwöchentlichen Urlaub genommen hat. Man spricht viel davon, daß demnächst auch die Stelle des Unterstaatssekretärs des Innern, welche seit dem Abgang des Herrn von Pommer-Esche unbesetzt geblieben war und von dem Staatssekretär von Hofmann mit versehen wurde, wieder werde besetzt werden, und zwar mit dem jüngsten Sohn des Reichskanzlers, dem Grafen Wilhelm von Bismarck, welcher gegenwärtig Landrath des Kreises Hanau ist und früher im Jahre 1880 eine Zeit lang dem Statthalter von Manteuffel attachirt war. Es scheint dies nur eine Vermuthung zu sein, welche mit der anderen in Verbindung steht, daß nämlich der älteste Sohn des Reichskanzlers den als Botschafter nach Paris kommenden Staatssekretär im auswärtigen Amte, Grafen Hatzfeldt, ersetzen werde. Wie dem auch sei, jedenfalls wäre es wünschenswerth, daß der neu zu ernennende Unterstaatssekretär der inneren Verwaltung gegen die immer noch offen zu Tage tretenden franzosenfreundlichen Demonstrationen energisch einschritte. So geschah es noch neulich während der Ausstellung in Kolmar, daß beim Festessen, als der Trinkspruch auf den Kaiser ausgebracht wurde, verschiedene Elsässer Theilnehmer sitzen blieben und daß beim Konzertiren der nach französischem Muster eingerichteten Elsässer Musikgesellschaften die geblasenen französischen Signale mit demonstrativem Beifall aufgenommen wurden. In einer kleinen Stadt des Unter-Elsaß führte man die aus Frankreich bezogene Spritze mit zwei blau und roth dekorirten Schimmeln durch die Straßen.

## Ausland.

**Paris**, 29. September. Verschiedene Journale melden wiederholt, General de Courcy verlange seine Abberufung aus Tonkin, was aber offiziös als ungenau bezeichnet wird. Wie es scheint, zirkuliren bereits Privatbriefe des Generals, worin derselbe seine Unzufriedenheit ausdrückt und sich in Klagen über die Maßregeln der Regierung ergeht, welche ihm die Ausführung seiner Aufgaben erschweren. Diese Briefe werden wohl die nunmehr als ungenau bezeichneten Gerüchte hervorgerufen haben.

**Madrid**, 27. September. (Nat.-Ztg.) Die Einwilligung Deutschlands zur Vermittelung des Papstes im spanisch-deutschen Konflikt hat hier außerordentlich überrascht. Die ministeriellen Organe erklären triumphirend, daß sie als Sieger aus dem diplomatischen Streite hervorgehen werden und daß sie dem Vaterlande durch ihre „kluge" Haltung einen unglücklichen Krieg erspart haben. Die Opposition dagegen verhöhnt die Klerikalen und warnt vor den „Fallstricken" des Fürsten Bismarck. Die im englischen Blaubuche von 1882 enthaltenen Noten Layard's an Lord Derby vom 14. November 1876 und 3. Januar 1877, laut welchen Canovas und sein auswärtiger Minister Calderon Collantes anerkannten, daß Spanien keine Souveränetät über die Karolinen beanspruche, bringen unsere Politiker wenig in Verlegenheit. Die Aeußerungen des Ministers werden absolut in Abrede gestellt, und die „Epoca" fällt über das mangelhafte „Französisch" Layard's her, das dem englischen Vertreter große Verlegenheiten in sozialer Beziehung bereitet habe und auch die Schuld an dem leidigen Mißverständnisse trage. Die Versicherungen Calderon Collantes' seien schließlich dadurch aufgehoben worden, daß er seines Postens enthoben wurde. Thatsache bleibt, daß unsere Diplomatie sich ein eklatantes testimonium paupertatis bei dieser ganzen Karolinen-Affaire ausgestellt hat und die deutsche Diplomatie keinen großen Ruhm ernten kann, diese offenbare Unfähigkeit besiegt zu haben.

**Kairo**, 28. September. Ein Bote von dem Scheich der Beni Amers, der sich bei dem abyssinischen General Ras Alulu befindet, kam am 24. d. M. in Massauah an. Er berichtet, daß 3000 Hadendowas in Chorbarca stehen, und daß ein Treffen mit den Abyssiniern erwartet wird.

## Stettiner Nachrichten.

**Stettin**, 1. Oktober. Das Ober-Verwaltungsgericht (1. Senat) fällte in seiner Sonnabend-Sitzung eine Entscheidung von besonderer Tragweite. Im vorigen Jahre neigte sich die preußische Staatsregierung der Auffassung zu, daß es mit dem dienstlichen Interesse der Exekutivbeamten nicht zu vereinbaren ist, daß sich dieselben von ihrem Gehalt die Uniformstücke selbst beschaffen. Die Staatsregierung ging dabei von der Erwägung aus, daß der Exekutivbeamte sich Wind und Wetter auszusetzen habe, überhaupt der Dienst so geartet sei, daß er eine besondere Abnutzung der Uniform herbeiführe, und daß deswegen ökonomische Erwägungen die Beamten von der strengen Erfüllung ihrer Pflicht abhalten könnten. Diese Auffassung der Staatsregierung theilte der Minister des Innern den Ober-Präsidenten mit und veranlaßte sie, auch ihrerseits Stellung zu der beregten Frage zu nehmen. Die Berichte sämmtlicher Oberpräsidenten sprachen sich sodann im Sinne der Auffassung der Staatsregierung aus. Nunmehr gab der Regierungspräsident zu Königsberg durch Verfügung vom 18. Februar 1885 dem dortigen Magistrat die zwangsweise Einstellung eines Betrages von 8000 M. in den Etat für 1885—86 zwecks Lieferung von Uniformstücken für 100 Schutzleute auf. Diese Verfügung stützte sich darauf, daß die Uniform nicht im persönlichen, sondern nur im dienstlichen Interesse beschafft werde, daß mithin die Ausgaben für die Uniform sich als sachliche darstellten. Nach dem § 3 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 hätten aber die Gemeinden die Kosten der örtlichen Polizeiverwaltung mit Ausnahme der Gehälter der Beamten der königlichen Polizeiverwaltungen zu bestreiten. Die Stadt Königsberg klagte auf Aufhebung der Verfügung. In die Sonnabend-Sitzung des Ober-Verwaltungsgerichts hatte der Minister des Innern bei der Wichtigkeit der Sache den Geheimen Ober-Regierungsrath v. d. Brincken entsendet, um den Standpunkt der Verwaltung darlegen zu lassen. Der Kommissar wies darauf hin, daß in Berlin und Frankfurt a. M. bereits die Uniformen von der Stadtgemeinde in natura geliefert würden. Die Verfügung des Regierungs-Präsidenten stütze sich auf bestehendes Recht und die Gewährung von Uniformstücken habe nicht die Natur einer Gehaltszahlung. Die Staatsregierung wolle zunächst außer in Königsberg die Schutzleute in Köln und Breslau von der eigenen Beschaffung der Uniform befreien und gedenke in den übrigen königlichen und in allen städtischen Polizei-Verwaltungen dasselbe Verhältniß herbeizuführen. Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte darauf, daß die Klage abzuweisen ist.

— Der seitherige Kreis-Wundarzt des Kreises Lauenburg in Pommern, Dr. Wilhelm Hasse zu Leba, ist zum Kreis-Physikus des Kreises Neustadt in Westpreußen ernannt worden.

## Kunst und Literatur.

**Theater für heute.** Stadttheater: „Mignon." Große Oper in 3 Akten.

## Vermischte Nachrichten.

— (Eine einfache Vorrichtung, um während des Winters die Blumenzucht im Zimmer mit Erfolg zu betreiben.) Die Blumenzucht im Wohnzimmer hat besonders während des Winters wegen der trockenen Luft, wegen des Staubes und mitunter auch wegen des Rauches von Oefen und Lampen ihre sehr großen Schwierigkeiten. In solchen Wohnräumen gedeiht im Allgemeinen nur eine beschränkte Anzahl von härteren Blattpflanzen und von blühenden Pflanzen nur einige Zwiebelgewächse, wie Hyacinthen, Tulpen, Crocus u. s. w., wenn sie vorher in einem kühlen Raume sich so weit entwickelt hatten, daß sie die Blüthenknospen zeigten. Anders verhält es sich dagegen, wo dem Blumenliebhaber, wie dies in allen besseren Häusern der Fall zu sein pflegt, ein oder mehrere Doppelfenster zu Gebote stehen. In diesen lassen sich mit einiger Aufmerksamkeit eine große Anzahl nicht nur härtere, sondern auch weichere Ziergewächse mit Erfolg durchwintern und selbst zur Blüthe bringen, da man es in der Hand hat, den Pflanzen nach Bedürfniß Wärme, Licht und Luft zu geben. Derselbe Zweck kann aber durch die folgende, wenig kostspielige Vorrichtung noch sehr wesentlich befördert werden. Man lasse sich einen Kasten von circa 6—10 Zoll Höhe und beliebiger Breite und Länge machen und diesen so mit Zinkblech auskleiden, daß er vollkommen wasserdicht ist. Auf denselben kommt als Deckel ein gutpassendes Brett, das überall mit kleinen Löchern durchbohrt ist und in der Mitte eine größere Oeffnung hat, um einen kleinen Trichter einsetzen zu können. Auf das Brett, das mit einem Lattenrand umgeben sein sollte, wird eine dicke Lage Moos gelegt und auf dieses werden die Töpfe gestellt. Des Morgens und Abends wird der Kasten mit heißem Wasser aus der Küche gefüllt, nachdem man vorher das kalte Wasser durch ein Hähnchen oder Röhrchen, das sich an dem einen unteren Ende des Kastens befindet, abgelassen hat. In einem Doppelfenster mit einer solchen Vorrichtung gedeihen fast alle, selbst zarteren Gewächse vortrefflich. Die feuchte Wärme und die warmen Wasserdämpfe sind den Pflanzen ungemein zuträglich. In diesen Fenstern kann man Kamellien, Azaleen, Rosen, Pelargonien, Veilchen und viele andere Pflanzen zur Blüthe bringen. Hyazinthen und andere Zwiebelgewächse entwickeln sich hier ebenfalls weit schneller und schöner, als im Wohnzimmer. Ja, wir kennen einen Gartenliebhaber, der darin alle Jahre die schönsten Erdbeeren getrieben und zur Reife gebracht hat. Bei gehöriger Regulirung des äußeren Luftzutritts kann man hier auch frühe Pflanzen aus Samen mit Vortheil heranziehen. Nur mit dem Begießen muß man überall sehr vorsichtig zu Werke gehen. Die meisten Topfpflanzen bedürfen während des Winters ohnehin wenig Feuchtigkeit und es ist dies hier, wo sie beständig in einer feuchten Atmosphäre stehen, um so weniger der Fall. Bei sehr kalter Witterung kann man das Wasser in dem Kasten auch unter Tags noch ein- oder zweimal wechseln.

(S. Wilhelmi in „De Fundgrube".)

— (Eine gutgelaunte Polizei.) Die Luzerner Kantonspolizei hat noch Humor, das muß man ihr lassen. Sie erläßt im „Vaterland" folgende poetische Ankündigung:

Ein Telephon ist nagelneu
Nun auf der Kantonspolizei
Zur Benützung hergestellt.
Jetzo Alles angemeldt,
Was da in der Leuchtenstadt
Neues sich begeben hat!
Wird betrogen und gestohlen,
Rufe man uns auf die Sohlen,
Nur nie, wo sich Weiber zanken,
Doch in Hotels und auf Banken
Machen wir zu gutem Fang
Gerne einen raschen Gang,
Und auch sonst, zu jeder Zeit
Ist zu Diensten gern bereit
Die Kantonspolizei.

Verantwortlicher Redakteur W. Sievers in Stettin

## Telegraphische Depeschen.

**Gießen**, 30. September. (B. T.) Heute wurde die 38. Versammlung deutscher Philologen durch Professor Schiller eröffnet; 300 Theilnehmer sind erschienen. Anläßlich der Versammlung prangt die Stadt im Festschmuck.

**München**, 30. September. Dem heute eröffneten Landtage legte der Finanzminister den Budgetentwurf für das Jahr 1885—86 vor, welcher einen Ueberschuß von 7,051,952 Mark aufweist. Der Minister schlug Stabilisirung des Malzaufschlags vor und empfahl, eine Berechnung der Steuer nach dem Gewichte anzustreben. Ferner kündigte der Minister eine neue Subhastations-Ordnung und die Wiedereinbringung des Gesetzentwurfs über die Aufbesserung der Beamtengehälter an.

**Baden-Baden**, 30. September. Der Kaiser und die Kaiserin empfingen gestern den Besuch des Großherzogs, der Großherzogin, sowie des Erbgroßherzogs und der Erbgroßherzogin von Baden. Letztere waren bei deren Ankunft in Baden-Baden im Auftrage des Kaiserpaares durch den General Adjutanten Grafen von der Goltz und durch den Kammerherrn und Zeremonienmeister Grafen Fürstenstein begrüßt worden. Heute Morgen nahm die Kaiserin zunächst die Glückwünsche des Kaisers, sodann die der hier anwesenden hohen Fürstlichkeiten und die des Königs der Belgier entgegen Darauf fand die Gratulation der Umgebungen statt. Das Familiendiner nahmen der Kaiser und die Kaiserin mit den hier anwesenden hohen Gästen auf dem großherzoglichen Schlosse ein; gleichzeitig findet dort und im Meßmer'schen Hause Marschalltafel für das Gefolge statt.

**Belgrad**, 29. September. Die serbischen Rüstungen nehmen große Dimensionen an Durch die Einberufung der Landwehr wird die Armee auf 80,000 Mann gebracht. König Milan äußerte gegenüber serbischen Abgeordneten, die bulgarische Union sei Thatsache, deshalb müsse Serbien auf Wahrung seiner Interessen durch Gewinnung der serbischen Stammlande bedacht sein. Nach Schluß einer kurzen Session der Skupschtina soll ein Manifest an die Nation mit Darlegung der Gründe für die Mobilisirung erscheinen. Man erwartet, die Skupschtina werde die Vorrückung nach Altserbien verlangen.

**Belgrad**, 29. September. Nach hier eingegangenen Nachrichten ist Djakova in Altserbien von drei Tabors Nizam-Truppen besetzt worden. Die aufständische Bewegung der Arnauten dauert fort.

**Bukarest**, 29. September. Hier eingetroffene Depeschen melden, daß der Dampfer „Hildegarde" heute Truppen in Rustschuk landete. Die Eisenbahn von Basardzik nach Philippopel ist nur noch für Militärtransporte bestimmt.

**Philippopel**, 29. September. (Telegramm des „Reuter'schen Bureaus".) Den Behörden in den Städten ist aufgegeben worden, Sorge zu tragen, daß die Männer im Alter von 18 bis 32 Jahren sich als Freiwillige eintragen lassen und sich für den Dienst bereit halten, sobald solcher nothwendig wird. Ein besonderes Korps wird aus den gebildeten Klassen errichtet, um die Ordnung in den Städten während der Nachtzeit aufrecht zu halten. Der Fürst sandte eine aus 3 Personen (Tschamakoff, Hodji und Petroff) bestehende Deputation an den Sultan, um ihm zu versichern, daß vollständige Ordnung und Friede in der Provinz herrschen.

**Smyrna**, 29. September. Prinz Friedrich Leopold von Preußen ist gestern hier angekommen.

**London**, 30. September. Der „Standard" meldet aus Konstantinopel: Zufolge des Irade, welcher die Konzentrirung von Truppen an der rumelischen Grenze und bei Salonichi anordnet, ist die Orientbahn angewiesen worden, eine Anzahl Eisenbahnwagen zum Transport von Truppen vorzubereiten

**Kalkutta**, 29. September. Ein Orkan zerstörte Falsepoint in Bengalen, insbesondere die Schiffsanlagen, mit Ausnahme des Leuchtthurms. An 300 Personen sind um's Leben gekommen.